



## Pressemitteilung

Ansbach, 31.08.2011

*Offene Linke für Luftschadstoffmessungen der Abgase von US-Kampfhubschraubern:*

Kommandeur soll LfU-Messmobil Zutritt zum Katterbacher Flugfeld erlauben

*Sorge um Feinstaubbelastung und giftige Zusatzstoffe – Ärzte fordern Nachtflugverbot*

Nachdem der neue Kommandeur der US-Militärbasis Ansbach, Oberst Voorhees, angekündigt hat, auf "gute Nachbarschaft Wert zu legen", fordert die Offene Linke den Kampfkommandanten auf, diesen Worten konkrete Taten folgen zu lassen. Bereits Anfang 2009 regte das WählerInnen-Bündnis Luftschadstoffmessungen der Abgase von US-Kampfhubschraubern an, die allerdings an der Haltung des damaligen Kommandanten Doerer scheiterten, indem dem Messmobil des Landesamts für Umweltschutz (LfU) der Zutritt zum Katterbacher Flugfeld nicht in Aussicht gestellt wurde.

"Der Kerosinverbrauch der Helikopter ist mit bis zu 1.600 Liter pro Maschine und Stunde extrem hoch. Die Hochrechnung der Feinstaubbelastung ergibt, dass ein einziger Hubschrauber in einer einzigen Stunde genausoviel CO<sup>2</sup> emittiert wie ein PKW auf rund 40.000 Kilometern. Unbekannt sind jedoch die Gefährdungen von Mensch und Natur durch hochgiftige Zusätze im verwendeten Treibstoff JP-8", erklärte die Offene Linke. Durch Messungen direkt auf dem Flugfeld könne die tatsächliche Abgasbelastung substantiiert werden. Der Einsatz der Messstation des LfU ist zudem mit keinen Kosten für die Stadt verbunden.

"Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, inwieweit ihre Gesundheit durch die Kriegsübungen beeinträchtigt wird", betonte die Offene Linke. Allein eine Messung auf dem Flugfeld erlaube die direkte Zurechnung von Schadstoffen. Überdies solle die Armeeführung endlich die Zahl der abgeleiteten Flugstunden offenlegen um so die Gesamtbelastung für Bevölkerung und Umwelt in der Region bewerten zu können. Gegenüber der Lärmschutzkommission wurde im Mai 2011 diese Information auf ausdrückliche Nachfrage laut Protokoll verweigert.

Derweil hat sich vergangenen Montag ein Kongress der Ärzteschaft in Mainz für ein generelles Nachtflugverbot ausgesprochen. Gerade der nächtliche Fluglärm verursache nachweislich Bluthochdruck, Herzinfarkte, Schlaganfälle und Depressionen, teilten die Mediziner aktuell im Deutschen Ärzteblatt mit.

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*